

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
BAUEN, STADTENTWICKLUNG
UND ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 9. BSO 2014-2020 Sitzungsdatum: 27.08.2015 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 27.08.2015

Unter dem Vorsitz von Fred Fröschchen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung von Niederschriften
- 1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2015
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.06.2015
2. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
3. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119 - Petrusstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
4. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120
- Gutenbergstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
5. Antrag der FDP-USDP-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05. August 2014 betr.
Verbreiterung der Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße
6. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 03. März 2015 betr. Einkürzung der
Verkehrsinselfen auf der Carl-Alexander-Straße
7. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05.06.2015 betr. Ertüchtigung der
Spielplätze Selfkantstraße und Teverenstraße
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 10. Vergabeangelegenheiten
 - 10.1 Vergabe - Boschstraße - Verlängerung Erschließung Kanal und Straße mit Wendeanlage und Verlängerung Talstraße jeweils bis zur Grundstücksgrenze der PEGRA-V GmbH & Co. K
 - 10.2 Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen in Übach-Palenberg
hier: Vergabeentscheidung
 - 10.3 Vergabe - Sanierung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Schulzentrum
 - 10.4 Vergabe - Modernisierung der Beleuchtung mit LED-Technik im Schulzentrum, Pädagogisches Zentrum und 4-fach Sporthalle
 - 10.5 Vergabe - Erneuerung der WC-Anlagen Grundschule Boscheln, Grundschule Frelenberg und Gymnasium SI
 - 10.6 Vergabe zur Beschaffung eines Baufahrzeuges mit Dreiseitenkipper
- 11. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
 - 11.1 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- 12. Erweiterungen zur Tagesordnung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Kozyan
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Ralf Gottschlich	CDU	als persönlicher Vertreter für sachk.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig SPD
Herr Sebastian Schröter CDU

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Carla Glashagen parteilos

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken parteilos

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Technischer Angestellter Achim Engels
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Ausschussvorsitzender **F. Fröschen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung von Niederschriften

1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2015

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 28.04.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.06.2015

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 01.06.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Beyelsfeld - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss

Stadtverordneter **Pickartz** merkte an, dass der Ausgleich zwar aus nachvollziehbaren Gründen nicht ausschließlich auf städtischen Flächen vorgenommen werden könne. Dies halte er jedoch für erforderlich. Es wäre wünschenswert, wenn eine Verdichtung der bestehenden Ausgleichsflächen vorgenommen würde. Hier sehe er zum Beispiel die asphaltierten Flächen in der Tevereiner Heide als eine Möglichkeit.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass er diesen Vorschlag gerne aufnehmen und weitergeben werde. Grundsätzlich sei ein Landschaftsplaner damit beauftragt worden, zu untersuchen, welche städtischen Flächen künftig für eine ökologische Aufwertung geeignet seien.

Man versuche weiterhin, die Ausgleichsmaßnahmen im Stadtgebiet vorzunehmen und er verhandle hierfür derzeit auch mit einem Landwirt, bitte aber um Verständnis, wenn es im vorliegenden Fall so nicht umgesetzt werden können sollte.

Stadtverordneter **J. Fröschen** erklärte, er könne sich den Ausführungen des Stadtverordneten Pickartz anschließen. Auch er halte einen Ausgleich auf städtischen Flächen für wichtig.

Sachkundiger Bürger **Bröhl** verwies auf Anlage 1.1 und die hier in Satz 1 der Begründung für den Baustellenverkehr genannte Zeitbegrenzung von 10 Jahren. Er bitte darum, diese zeitliche Begrenzung aus der Begründung zu streichen.

Dieser Vorschlag wurde einvernehmlich angenommen.

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.8 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunter-

lagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes für den „Bereich Beyelsfeld“ wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 2.1 bis 2.8 unter Nr. 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

3. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 119
- Petrusstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
-

Herr **Schnuis** vom Büro RaumPlan stellte die Planung vor (insoweit wird auf die Sitzungsvorlage und die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Präsentation verwiesen).

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Pickartz**, ob in Bezug auf die verkehrstechnische Erschließung nicht besser eine 2. Zuführung in das Baugebiet mit eingeplant werden sollte, erklärte Herr **Schnuis**, dass man dies bei den Planungen mit überdacht habe, jedoch zu dem Ergebnis gekommen sei, dass man hiermit den Durchgangsverkehr in die derzeit ruhige Fidelisstraße leiten würde.

Stadtverordneter **J. Fröschen** erklärte, er sei beruhigt zu hören, dass das Schützenheim an anderer Stelle neu aufgebaut werde. In Bezug auf die Nähe zur Kirche fragte er, ob es künftig Probleme mit dem Glockengeläut geben könne und inwieweit hier der Bestandsschutz der Kirche gelte. Bezugnehmend auf die Fidelisstraße fragte er nach der Möglichkeit, hier eine Anbindung über einen fußläufigen Weg zu schaffen.

Herr **Schnuis** erklärte, dass bereits der Bebauungsplan 36 den Bereich als allgemeines Wohngebiet festgelegt habe. Trotzdem werde es für die vorliegende Planung noch ein entsprechendes Schallschutzgutachten geben. Er gehe hier allerdings nicht von Problemen in Bezug auf das Glockengeläut aus.

In Bezug auf die Möglichkeit eines fußläufigen Weges verwies er auf Überlegungen bzgl. eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes als möglichen Bypass.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, dass eine dauerhafte Wegeverbindung jedoch nicht in Frage komme.

Stadtverordneter **Pickartz** erklärte, auch er halte einen Fußweg für wünschenswert, damit sich die Kinder und Fahrradfahrer abseits des Verkehrs bewegen können. Er fragte nach einer Versickerungsmöglichkeit verbunden mit einem Biotop.

Herr **Schnuis** antwortete, dies werde noch geprüft.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 119 – Petrusweg – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird beschlossen.
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 119 – Petrusweg – wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. Nr. 120 - Gutenbergstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
-

Technischer Angestellter **Engels** stellte die Planung vor (insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen).

Stadtverordneter **Pickartz** begrüßte es, dass die Stadt Übach-Palenberg die Grundstücke in eigener Verantwortung erschließen und vermarkten wolle. Hierdurch verbleibe die Wertschöpfung bei der Stadt.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Böven**, was mit den verbliebenen 72 qm auf der Ecke geplant sei, erklärte Technischer Angestellter **Engels**, dass noch geklärt werden müsse, welchem Grundstück man diese Fläche zuschlagen wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** verwies auf die Ausführung, dass ein Teilbereich der Grundstücksflächen übrigbleibe, damit für die Anwohner keine Erschließungskosten anfallen. Gebe es hier keine Ausnahmeregelung, die die Anwohner von den Erschließungskosten entbinden könnte, damit auch diese Fläche mit genutzt werden könne?

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, es gebe hierzu eine eindeutige Rechtsprechung. Demnach müssen die Erschließungskosten auf alle erschlossenen Grundstücke verteilt werden. Um dem Umstand gerecht zu werden, dass für die Anlieger auf der nord-westlichen Seite der Gutenbergstraße kein wirklicher Erschließungsvorteil durch den Ausbau entstehe, habe man die Verringerung um zwei Grundstücke und den besagten Grünstreifen vorgesehen.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dass es vielleicht durch einen anderen Zuschnitt der Grundstücke eine andere Lösung geben könnte.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erläuterte, dass die Stadt unzählige Zuschnitt-

möglichkeiten durchgespielt habe. Die vorgestellte Planung sei die optimalste Lösung. Hierdurch könne man auch die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen auf der Restfläche direkt vor Ort vornehmen. Weiterhin habe sich gezeigt, dass viele eine zu große Nähe zum Friedhof als unangenehm empfinden.

Beschlussempfehlung:

1. **Der Bebauungsplan Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.**
2. **Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird beschlossen.**
3. **Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 120 - Gutenbergstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5. Antrag der FDP-USDP-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05. August 2014 betr. Verbreiterung der Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße

Stadtverordneter **Pickartz** erklärte, viele gute Vorschläge werden mit Blick auf die Haushaltslage abgelehnt. Aber hier wolle man nun 10.000 Euro in die Hand nehmen, um eine verkehrliche Änderung vorzunehmen. Einfacher und vor allem kostengünstiger wäre es doch wohl, hier den Schwerlastverkehr und insbesondere die Busse umzuleiten. Die Busse könnten über die Otto-von-Hubach-Straße fahren. Dies wäre insbesondere für die Schulkinder von Vorteil.

Stadtverordneter **Mlaker** bemängelte, dass zum angesetzten Ortstermin fast keiner erschienen sei. Hier hätte man sehen können, dass Handlungsbedarf bestehe. Die Möglichkeit der von Stadtverordneten Pickartz vorgeschlagenen Umleitung sehe er hier nicht.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, er habe sich die Situation sehr wohl vor Ort angesehen. Hier stehen 10.000 Euro im Raum, die man anderweitig besser einsetzen könnte.

Stadtverordnete **Appelrath** schloss sich ihrem Vorredner an. Mit vorausschauendem Fahren könne man hier schon dem Problem entgegenwirken. Da müsse man nicht 10.000 Euro ausgeben.

Stadtverordneter **J. Fröschen** wand ein, dass in diesem Bereich zahlreiche Längsrisse in der Deckschicht der Straße festgestellt worden seien, so dass ohnehin zeitnah eine Sanierung der Straße notwendig werde. So könne man beides miteinander verbinden und erhalte eine vernünftige und notwendige Lösung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Durchführung der Verbreiterungsmaßnahme und der Risssanierung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

6. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 03. März 2015 betr. Einkürzung der Verkehrsinseln auf der Carl-Alexander-Straße

Stadtverordneter **J. Fröschen** wies darauf hin, dass die Durchfahrt aufgrund der bestehenden Verkehrsinsel hier zu eng sei. Ursprünglich habe man an eine Verkürzung der Insel gedacht, aber eine komplette Entfernung der Insel habe sich als die beste Lösung herausgestellt.

Stadtverordneter **Pickartz** entgegnete, Verkehrsinseln dienen der Verkehrsberuhigung. Wenn man hier argumentiere, es sei zu eng, müsse man sämtliche Verkehrsinseln in Frage stellen. Seiner Meinung nach gehe es hier um die Bedienung von Einzelinteressen und dies werde er nicht unterstützen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, auch sie halte die vorgeschlagene Maßnahme für unnötig.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass die Feuerwehr bestätigt habe, dass auch für die Feuerwehrfahrzeuge die Durchfahrt an dieser Engstelle problematisch sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt die Verkehrsinsel vor Haus Nummer 25 zu entfernen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

7. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05.06.2015 betr. Ertüchtigung der Spielplätze Selfkantstraße und Teverenstraße

Ausschussvorsitzender **F. Fröschen** nahm Bezug auf seine bereits im Rat getätigte Aussage, dass der Spielplatz in der Teverenstraße bereits mit 6 Spielgeräten bestückt sei und regelmäßig vom Technischen Betrieb gepflegt werde.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus, dass es in dem vorliegenden Antrag um

zwei Dinge gehe: Aufwertung des Spielplatzes Teverenstraße durch 2 neue Spielgeräte und Behebung des katastrophalen Zustandes auf dem Spielplatz Selfkantstraße.

Stadtverordneter **J. Fröschen** wies darauf hin, dass nicht mehr alle Spielplätze im Stadtgebiet genutzt werden. Seiner Meinung nach sollte untersucht werden, welche Spielplätze man aufgeben könnte. Die durch die Reduzierung um die ungenutzten Spielplätze eingesparten Pflegearbeiten und Unterhaltungskosten könne man dann auf die verbleibenden Spielplätze verteilen.

Stadtverordneter **Weißborn** erinnerte daran, dass die CDU in den vorangegangenen 2 Tagesordnungspunkten gerade 12.000 Euro ausgegeben habe. Diese hätte man sinnvoller einsetzen können.

In dem vorliegenden Antrag gehe es um zwei konkrete und nicht um alle Spielplätze im Stadtgebiet. Für den Spielplatz in der Selfkantstraße habe man damals viel Geld ausgegeben und jetzt lasse man ihn vergammeln.

Verwaltungsangestellter **Mannheims** erläuterte, dass für den Spielplatz in der Teverenstraße bereits 2 neue Spielgeräte bestellt worden seien. Insoweit habe sich der vorliegende Antrag erledigt.

Die Spielgeräte in der Selfkantstraße müssen in der Tat repariert werden und seien deshalb teilweise auch abgesperrt. Das Problem sei die Beschaffenheit der Geräte aus Robinienholz. Für die Reparatur dürfe kein anderes Holz verwendet werden und die Beschaffung dieser Ersatzteile sei nicht so einfach und zudem teuer.

Man versuche selbstverständlich die Spielplätze und insbesondere die Spielgeräte regelmäßig zu pflegen. Aber aufgrund der Personalsituation komme man nicht immer rechtzeitig bei.

Es wurde sich schließlich darauf geeinigt, dass die Verwaltung den Spielplatz Selfkantstraße noch einmal in Augenschein nehmen und dem Ausschuss hierüber berichten solle. Der Ausschuss werde dann entscheiden, was unternommen werden solle und konkrete Maßnahmen hierzu beschließen.

8. **Erweiterungen zur Tagesordnung**

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

9. **Bericht und Mitteilungen der Verwaltung**

Technischer Angestellter **Vogelheim** teilte mit, dass die Baumaßnahme in der Schulstraße derzeit nicht zu Ende geführt werden könne. Was noch fehle sei die Deckschicht. Die Baustelle liege zurzeit still. Es bestehen unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf das geschuldete Bausoll.

Technischer Angestellter **Vogelheim** teilte weiterhin mit, dass die Arbeiten auf der Roermonder Straße so gut wie abgeschlossen seien. Es werde nun kurzfristig ei-

ne Begehung stattfinden, um die durch die Umleitungen entstandenen Schäden festzustellen. Straßen NRW habe eine Beseitigung der Schäden zugesagt.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** wies darauf hin, dass am 01.10.2015 eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17 Uhr und im Anschluss eine Sondersitzung des Rates um 17.30 Uhr stattfinden werden. Die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung werde in Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden vom 01.10.2015 auf den 30.09.2015 vorverlegt. Grund für die Sondersitzungen seien neue Anregungen im Rahmen der Offenlegung Beyelsfeld, die es zu berücksichtigen gelte. Hierzu seien entsprechende Beschlussfassungen nötig.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Böven** erklärte, die erste Anfrage habe sich erledigt, da sie bereits durch die Mitteilung des Technischen Angestellten Vogelheim in Bezug auf die Schulstraße beantwortet worden sei. Er habe hierzu jedoch noch die Bitte, die störenden Dinge für die Dauer des Baustopps zurückzubauen/ umzustellen.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Pickartz** erklärte, auch die zweite Anfrage sei prinzipiell bereits durch die Mitteilung des Technischen Angestellten Vogelheim in Bezug auf die Roermonder Straße beantwortet worden. Er wolle jedoch die Gelegenheit nutzen, um seinen Unmut zum Ausdruck zu bringen. Sämtliche Querungshilfen seien im Rahmen der Straßenerneuerung entfernt worden. Die Straße sei nun breiter und gleiche einer Autobahn. Hier seien Baumaßnahmen durchgeführt worden, die dem Interesse der Stadt zuwiderlaufen. Er hätte sich gewünscht, dass die Stadt im Vorfeld mit eingebunden worden wäre, um eventuelle Wünsche äußern zu können. Zudem sehe er auch die Notwendigkeit der durchgeführten Baumaßnahme nicht. Hier seien seiner Meinung nach Steuergelder verschwendet worden.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** wies darauf hin, dass die Stadt für diese Straße nicht zuständig sei und es auch kein Beteiligungsrecht gebe.

Technischer Angestellter **Vogelheim** ergänzte, dass Straßen NRW eine Deckensanierung vorgenommen habe. Die Decke sei entsprechend abgefräst und erneuert worden. Dieses Vorhaben sei im Vorfeld auch kommuniziert worden.

Auf Einwand des Stadtverordneten **Fibus**, auf der Roermonder Straße/ Ecke Friedensstraße sei die Straße komplett ausgekoffert worden, erklärte Technischer Angestellter **Vogelheim**, dass sich diese Maßnahme im Rahmen der Baustelle ergeben habe.

Ausschussvorsitzender **F. Fröschen** schloss um 18.45 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von fünf Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender **F. Fröschen** um 19.20 Uhr die Sitzung.

F. Fröschen
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin